

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag
Riesauer
Verlag
Riesau
No. 20.
Telefon No. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtmannschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptamts Meißner bezirksärztliche bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1399
Groschönau
Riesau No. 22.

No. 228.

Samstag, 22. September 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Versagens von Druckmitteldruckungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungezogene für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 1 mm hohe Druckzettelle (8 Seiten) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzettel 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bezahlungen sind an den Verlag zu leisten, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesau. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Spiegel an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstigen ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Kolonialdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Poststraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesau; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesau.

Deutschland und Litauen.

Es war von jeher das ernsthafteste Bestreben einer jeden deutschen Regierung seit Kriegsende, in den Streitigkeiten, in die Litauen auf Grund des Völkerrechts mit Polen verwickelt war, eine konsequente durchgeführte neutrale Rolle zu spielen, die auch nicht beeinträchtigt wurde, wenn die Reichsregierung in den kritischen Stunden dieses Konfliktes im Sinne des europäischen Friedens zu vermitteln suchte. Wenn irgend etwas die deutsch-litauischen Beziehungen belasten könnte, so wäre dies die Memelfrage. Deutschland kann jedoch mit einer gewissen Bemächtigung feststellen, daß sich Litauen in den letzten Monaten schärflich bemüht, die Bindungen des Völkerrechts zu untergraben. Diese Erkenntnis hat sich sehr lebhaft auch auf die deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt. Da Litauen einen Abzug gerade für diejenigen Artikel bietet, die heute auf dem Weltmarkt am heißesten um Absatz kämpfen, ist die Konkurrenz der großen europäischen Industrieländer auf dem litauischen Markt naturgemäß sehr groß. Deutschland könnte ohne Schwierigkeit den gesamten Bedarf Litauens befriedigen. Und es hat sich auch dank der alten Beziehungen eine hervorragende Stellung als Lieferant Litauens verfestigen können. 85 Prozent der litauischen Gesamteinfuhr und 75 Prozent der Einfuhr an Fertigfabrikaten kam im Jahre 1926 aus Deutschland. Es ist jedoch sehr zu beachten, daß Deutschland durch sein Monopol befreit und daß die Konkurrenz Deutschlands, das sich in erster Linie für Fertigfabrikate England, dann Holland, die Tschechoslowakei und Amerika, nicht ohne Erfolg arbeiten. Bedeutend kleiner als die Einfuhr Litauens ist die litauische Einfuhr nach Deutschland, die im wesentlichen aus Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft besteht. Die Bedeutung Deutschlands für die Gesamteinfuhr Litauens geht aus folgenden Zahlen des Jahres 1926 hervor: Die Gesamteinfuhr verteilte sich in diesem Jahr, in Millionen Lit gerechnet, auf Deutschland mit 128,1, auf England mit 58,8, auf Holland mit 20,7 und auf Tschechoslowakei mit 0,1. Man ersieht aus diesen statistischen Angaben, wie ungeheurer Art der deutsche Anteil der litauischen Gesamteinfuhr sich darstellt.

Ergibt sich aus der Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse Litauens die Tatsache, daß die litauische Volkswirtschaft als selbständiger Wirtschaftskomplex durchaus existieren kann (es sind genügend Exportgüter vorhanden, um die notwendige Einfuhr abzugeben), so wird man weiter fragen müssen, ob die junge litauische Republik politisch ebenso sichere Grundlagen und ebenso günstige Zukunftsaussichten hat. Wenn auch der Putsch, der Wolodarski als Führer brachte, nach kurzer Beschäftigung der inneren Ordnung sehr schnell wieder geordnete Zustände herbeiführte, hat er doch die kritische außenpolitische Lage Litauens deutlich in Erscheinung treten lassen. Auf diese soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden, nur so viel sei gesagt, daß die politische Stellung Litauens noch keineswegs als gesichert angesehen werden kann. Litauen ist heute noch ohne endgültige feste Grenzen und ohne feste außenpolitische Orientierung. Mit Polen befindet sich Litauen infolge der Annexion des Wilnaer Gebietes auch heute noch im Zustande eines Waffenstillstandes. Wolodarski hat noch kürzlich in Genf zu erklären gegeben, daß der Anspruch auf Wilna auch weiterhin anstreben werden werde. Solange die litauische Regierung diesen Standpunkt einnimmt, ist an eine Besserung der polnisch-litauischen Beziehungen nicht zu denken. Dieser offene Konflikt mit Polen ist auch wohl der Hauptgrund für die Tatsache, daß für die litauische Republik aus den Zusammenschlußbestrebungen der Randstaaten praktisch noch nichts herausgekommen ist. Trotzdem bleibt der engere Anschluß Litauens an die baltischen Staaten eine Frage, die einmal von der litauischen Regierung gelöst werden muß. Eine weitere offene Frage ist die Auseinandersetzung mit dem Memelgebiet, die trotz des Memeltraktats noch nicht als abgeschlossen gelten kann. Es sind Konfliktmöglichkeiten auf allen Seiten vorhanden, die um so gefährlicher sind, als außenpolitische Krisen nur zu leicht gefährliche innenpolitische Rückwirkungen haben können. Eine Bedenkefrage für die litauische Republik ist es, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten, denn Deutschland ist der wichtigste Absatzmarkt für den litauischen Export. Ein Verlust dieses Absatzmarktes würde die Grundlagen der litauischen Wirtschaft und damit auch die Grundlagen der litauischen Republik ernstlich erschüttern.

Von sehr großem Einfluß auf die zukünftige politische Orientierung Litauens dürfte es sein, in welchem Lande der Lebensnachwuchs seine geistige und technische Erziehung und seine Ausbildung genießen wird. In allen Fragen der höheren Bildung wird Litauen immer Anlehnung an eine der großen Kulturnationen suchen müssen. Denn wenn es auch in Litauen eine Universität gibt, so wird sie sich doch auf die Wissenschaft und die wissenschaftlichen Hilfsmittel des Auslandes wesentlich stützen müssen. Die Universität und das sonstige höhere Schulwesen in Litauen wird nicht hinreichend zur Ausbildung der für das Land notwendigen Kräfte, sei es nun, daß sie diese im Dienst der Kirche, der Rechtspflege und Verwaltung, der Medizin, der Presse, der Industrie oder des Handels betätigen. Es dürfte deshalb im Interesse Deutschlands liegen, diesem Bedürfnis Litauens nach kultureller Unterstützung entgegenzukommen, die Einfuhr deutscher Literatur nach Litauen zu fördern und den Besuch der deutschen Hochschulen den litauischen Studierenden zu erleichtern. Eine beratende Kulturpolitik wird hier dazu beitragen, die politischen Beziehungen Litauens zu Deutschland wenigstens eng zu gestalten, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern.

Kritisches Stadium der „Abrüstungsarbeiten“.

Die Sitzung des Redaktionskomitees der dritten Kommission.

* Genf. Das Redaktionskomitee der dritten Kommission des Völkerbundes für Abrüstungsfragen trat gestern abend unmittelbar an die Aussprache in der Kommission zu einer Sitzung zusammen. Nach längeren Verhandlungen ist ein neuer Entschließungsentwurf ausgearbeitet worden, der entsprechend den französischen Änderungsvorschlägen feststellt, daß die vorbereitende Abrüstungskonferenz Anfang 1929 zusammenzutreten soll. Die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz wird jedoch, wie dies von der deutschen Delegation gefordert worden war, in der Entschließung mit keinem Wort erwähnt. Der Vorschlag über die Verbringung hinsichtlich des Abchlusses des englisch-französischen Flottenabkommens ist in etwas veränderter Form in der neuen Entschließung angedeutet worden. Von deutscher Seite wird zu diesem neuen Entwurf erklärt, daß nach wie vor die grundsätzliche Zustimmung zu dem Entwurf nicht gegeben werden könne. Es ist daher damit zu rechnen, daß Graf Bernstorff in der Sonnabendabendung der Kommission bei der Abstimmung über den neuen Entschließungsentwurf sich der Stimme enthalten wird. Durch die Stimmenthaltung wird die Annahme der Entschließung als Entschließung unmöglich. Der neue Entschließungsentwurf bedeutet jedenfalls ein Kompromiß in einigen Punkten.

In der entscheidenden Frage der Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz, wie dies vom Reichsminister in der Völkerbundsammlung gefordert worden war, ist jedoch nach wie vor den deutschen Forderungen nicht Rechnung getragen worden. Somit hat sich grundsätzlich an den Völkervereinigungen der Welt die Abrüstungsfrage nicht als erledigt angesehen. Die Völkervereinigungen sind nicht als solche entstanden. Sie sind bisher, daß die vorbereitende Abrüstungskommission in den ersten Monaten des kommenden Jahres zusammenzutreten wird, dürfte heute mehr als je zweifelhaft sein. Offenbar sucht man auf anderer Seite die Verantwortung für das Scheitern der Genfer Abrüstungsarbeiten der amerikanischen Regierung zuzuschreiben, und zwar indem man die Fortführung der Abrüstungsverhandlungen von der Einigung der großen Seemächte praktisch abhängig gemacht hat. Das ist zweifellos gegenwärtig der entscheidende Punkt in den Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Schlangentöten Testament.

Das Explosionsattentat, dem vor einigen Monaten Nudens Diktator Tschangtölin zum Opfer fiel, hat nicht die politischen Auswirkungen gewirkt, die man damals erwartete. Wenn auch die Japaner bis zum heutigen Tage in der Mandchurei noch immer das Wort in der Hand haben, so ist es ihnen doch noch nicht gelungen, ihre eigentlichen Ziele durchzuführen. Das liegt wohl in der Hauptsache daran, daß die Japaner in ihrer Mandchurei-Politik unter sich nicht einig sind. Aus dieser Sachlage hätten die führenden Chinesen in der Mandchurei einen gewissen Nutzen ziehen können, wenn sich nicht gleichzeitig bei ihnen gewisse Interessengegenstände, die vermutlich aus rein persönlichen Motiven sind, bemerkbar gemacht hätten. Ein Teil der Chinesen drängt aus rein wirtschaftlichen Gründen zu einer Einigung mit Japan, eine andere starke Oppositionsgruppe in Nudens verlangt um jeden Preis die Wieder-einberufung der Mandchurei in den Staatsbereich Chinas. Der Sohn und Erbe Tschangtölin selbst hat sich bis jetzt zu einer entscheidenden Initiative noch nicht finden können. Das letzte Ende ihm die wichtigste Rolle in der Gestaltung der mandchureischen Frage zugewiesen ist, geht auch aus dem Testament Tschangtölin hervor, dessen Wortlaut jetzt der Korrespondent einer großen deutschen Zeitung mitteilen in der Lage ist.

Dieses Schicksal, das für die ehemaligen Anhänger Tschangtölin in der Mandchurei bindend ist, ist auch ein politisches Programm, das recht tiefe Einblicke in die politische Zielsetzung seines Verfassers, des hingerichteten Tschangtölin, gibt. Es lautet:

„In meinem Unglück traf mich Gefahr auf meiner Rückreise. Ich wurde so schwer verwundet, daß mein Tod jederzeit bevorsteht. Als ich lung war, betrat ich die militärische Hauptstadt. Richtig schmerzt mich die Tatsache, daß mein Leben jetzt in Gefahr war für mein Vaterland. Heute bin ich 64 Jahre alt. Ich werde nicht aus der vollen Lebenskraft gehen, da mein Leben schon zum Alter führt. Meine Hoffnungen, das Vaterland zu retten, haben sich zu meinen Bedauern nicht erfüllt. Das läßt mich bis zuletzt keine Ruhe. Heute übertrage ich auf meinen Sohn Tschangtölin mein Vermögen, es in Nudens zu verwalten. Ich hoffe, daß er weise und gerecht sich dieser Aufgabe unterzieht und leistungsfähige Männer zu seiner Hilfe beruht, um die inneren Angelegenheiten zu regeln, damit das Volk in Ruhe lebt und zufrieden seiner Arbeit nachgehen kann, um die Hoffnung der Alten des Landes zu erfüllen. Andererseits soll mein Sohn darauf bedacht sein, den Krieg zu vermeiden, damit in China Ruhe herrsche. Er soll nicht gegen mein Mundtelegramm vom 6. Juni handeln. Ich hoffe auch, daß meine Hoffnungen dies befruchtigen. Nach meinem Testament soll ihm der Staat

Die Ausschussaussprache über die Entschließung für den Vorbereitenden Abrüstungsausschuss.

* Genf, 21. September. Nachdem Graf Bernstorff im Abrüstungsausschuss seine Erklärung zu dem Entschließungsentwurf über die Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses abgegeben hatte, schlug der Vorsitzende des Abrüstungsausschusses, Carton de Wiart, angesichts der verschiedenen vorliegenden Änderungsanträge vor, daß das Redaktionskomitee zu einer erneuten Sitzung zusammentrete, was Graf (Polen) zu der scharfen Erklärung veranlaßte, daß der vorliegende Resolutionsentwurf bereits die äußerste Anstrengung zur Erreichung der Einstimmigkeit darstelle, und daß er der Zurückverweisung der Entschließung an das Redaktionskomitee mit einem entschiedenen Nein widersprechen müsse, falls die deutsche Delegation der Meinung wäre, daß sie bei dieser Gelegenheit alle weiteren Vorbehalte vorbringen könnte. Graf (Schweiz) sprach sich kurz gegen eine nochmalige Einberufung des Redaktionskomitees aus, desgleichen Graf (Japan), worauf Graf Bernstorff den Vorschlag des Präsidenten auf Zurückverweisung des Entwurfes an das Redaktionskomitee unterstützte. Wenn er dies tue, erklärte er, so geschehe es deswegen, weil jeder, der den Entwurf lese, erkennen müsse, daß in ihm noch Widersprüche enthalten seien. Zu Graf (Schweiz) sagte er hinzu, daß die Worte „Ja oder Nein“ immer erst am Ende einer verurteilten Transaktion stehen sollten, aber nicht am Anfang. Graf (Schweiz) bestritt sofort die Auffassung, daß überhaupt eine Transaktion eingeleitet sei. Nachdem auch der österreichische Gesandte Plügel für die Zurückverweisung an das Redaktionskomitee eingetreten war und nach weiteren Bemerkungen des Grafen Bernstorff, auf Grund deren sich auch Savo (Japan) für eine neue Sitzung des Redaktionskomitees aussprach, wurde die Überweisung des Entschließungsentwurfes an das Redaktionskomitee nach einem warmen Hinweis Lord Cushendons für den Fall des Scheiterns der Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses, wie bereits gemeldet, beschlossen.

und das Volk die vorbestimmte Pflicht auferlegen. Nur so können meine Waffenbrüder den Demütigen geben, daß sie mein Andenken in Ehren halten. Dann werden sich meine Augen in Ruhe schließen.“

Außerordentliche Verschärfung der innerpolitischen Lage in Jugoslawien.

* Karag. (Belunien). Die Leitung der bürgerlich-demokratischen Koalition hat Donnerstag abend einen Aufruf an das Volk der Kroaten, Serben und Slowenen erlassen, in dem es zunächst heißt, daß die Belgrader Regemokratie selbst vor der Ermordung von Abgeordneten im Parlament nicht zurückgeschreckt seien. Der parlamentarische Kampf sei dadurch in Zukunft unmöglich geworden und das Volk müsse sich daher einer anderen Kampfweise zuwenden. Die neue Kampfweise sieht die Leitung der bürgerlich-demokratischen Koalition in der Boykottierung der Vertreter der Regierung, der Regierungsparteien und ihrer Anhänger, die für das heutige Regime der Gewalt und der Ungleichheit verantwortlich seien. Die bürgerlich-demokratische Koalition fordert daher auf, jeden gesellschaftlichen Verkehr mit den oben genannten Kreisen abzubrechen und in gleicher Weise gegen alle diejenigen vorzugehen, die durch stolze oder kirchliche Autorität das gegenwärtige Regime unterstützen.

Dieser Boykottbeschluss bedeutet eine außerordentliche Verschärfung der innerpolitischen Lage in Jugoslawien. Er stellt darauf hin, die Krone zu zwingen, im Interesse des Landesfriedens und der Rettung des Staates vor dem Zerfall einzugreifen, die gegenwärtige Regierung zu entlassen und den Wünschen der starken Opposition entsprechend baldige Neuwahlen in die Wege zu leiten.

Die Zustände im Tornadogebiet.

* West-Balm-Beach. Alle Versuche, die Zahl der während des Tornados Getöteten genau festzustellen, sind vorläufig aufgegeben worden. Die familiären Verhältnisse sind derart schlecht, daß die Hilfslosigkeiten binnen 48 Stunden geräumt werden müssen, wenn die Weiden der beim Tornado ums Leben gekommenen nicht sofort beerdigt werden. Frauen und Kinder verlassen bereits das Lager am Ostufer des Lake Okchobee und lassen die Männer zur Bekämpfung der Seuchengefahr zurück. Militärsoldaten leisten schon 538 Leichen bei. Der Zustand der Leichen ist vielfach beklagenswert, daß es unmöglich ist, Weiche von Regen zu unterhalten. — Aus San Juan wird gemeldet, daß in dem vom Tornado heimgesuchten Gebiet die Gefahr von Infuenza, Typhus, Malaria und Malariaepidemien besteht. Das State Board berichtet, daß 400 000 Menschen dem Leben